

Erfurt, 06.04.2011

Ungewollt kinderlose Paare bei Behandlungskosten entlasten

CDU- und SPD-Fraktion bringen Initiative zur Kinderwunschbehandlung auf den Weg

Paare, die ungewollt kinderlos sind, sollen bei der sogenannten Kinderwunschbehandlung finanziell wieder stärker durch den Staat unterstützt werden.

Dafür setzen sich CDU- und SPD-Fraktion in einem gemeinsamen Plenarantrag ein, den die Fraktionen auf die kommende Plenartagesordnung gesetzt haben. Sie fordern die Landesregierung zu einer Bundesratsinitiative auf, die darauf zielt, dass der Bund 25 Prozent der Kosten für künstliche Befruchtungen übernimmt. Zurzeit übernehmen die Krankenkassen 50 Prozent der Kosten, die andere Hälfte müssen die Paare vollständig selbst tragen.

„Paare, die auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen können, befinden sich in einer emotional schwierigen Lage. Eine künstliche Befruchtung kann diesen Paaren helfen, fordert sie jedoch auch finanziell. Gerade wenn Versuche erfolglos bleiben, kommen zu den seelischen auch noch die wachsenden finanziellen Belastungen“, so Beate Meißner, jugendpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag. „Wir wollen, dass sich Menschen unabhängig von ihrem Einkommen die Kinderwunschbehandlung leisten können“, so David Eckardt, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.

Die Koalitionsfraktionen hoffen, dass die Kinderwunschbehandlung wieder häufiger in Anspruch genommen wird, wenn Paare mit Kinderwunsch nicht mehr auf der Hälfte der Behandlungskosten sitzen bleiben. Bis zum Jahr 2004 haben die Krankenkassen die Kosten vollständig übernommen, danach nur noch zur Hälfte. Die Zahl der künstlichen Befruchtungsversuche ist daraufhin deutlich zurückgegangen. Eine Behandlung kostet durchschnittlich 3200 Euro.

„Kinder sind Zukunft und für die große Mehrzahl der Paare eine Quelle des Lebensglücks. Die Menschen, die ein Kind bekommen wollen, müssen deshalb stärker durch die Gesellschaft unterstützt werden. Zugleich ist es eine kleine Maßnahme gegen die niedrige Geburtenrate in Deutschland“, erklärten Meißner und Eckardt übereinstimmend.